



Emmanuel Alloa

Wider die Silikonisierung Europas. Ein Plädoyer für eine andere digitale Öffentlichkeit

In einem metaphorischen Vergleich, der in die Annalen einging, behauptete Lenin einmal: „Kommunismus ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes“.¹ Mit anderen Worten: Revolutionäre Umbrüche verlangen ein radikales Umdenken in den Köpfen der Menschen, bleiben aber erfolglos, solange die materiellen Grundbedingungen nicht mitberücksichtigt werden. Ähnliches ließe sich für die sogenannte europäische „Öffentlichkeit“ geltend machen. Nur allzu oft wurde beklagt, dass es jenseits eines europäischen Binnenmarktes an einer umfassenden politischen Vision mangelt, hinter die sich die europäischen Bürger scharen könnten. Verkannt wird dabei, dass es eine europäische Gemeinschaft und einen *Demos* nicht geben kann, solange keine physischen und kommunikativen Architekturen entworfen werden, in denen sie zur Entfaltung kommen. Nicht zuletzt in dieser auffälligen Hardware-Vergessenheit liegt die Crux, wenn über die Zukunft Europas in einer neuen digitalen Welt diskutiert wird. Die Diskussion über eine digitale europäische Öffentlichkeit krankt weniger an einem Ideendefizit als an einem medientechnischen Fehlschluss. Um es gleich vorwegzunehmen: Besagter Fehlschluss besteht darin, zu meinen, die Form der jeweiligen Kommunikationsmedien nehme auf den Inhalt der Kommunikation keinen Einfluss. Es handelt sich dabei nicht nur um ein hartnäckiges Missverständnis darüber, wie Medien funktionieren, sondern auch und vor allem um einen diskursiven Effekt, der sich einer bestimmten Rhetorik aus der Silicon Valley verdankt. Anstatt die vielbeschworene Digitalisierung als eine naturgeschichtliche Entwicklung anzusehen, in der Europa dringend nachziehen muss, will sie im Gang der Weltgeschichte nicht das Schlusslicht sein, ist es an der Zeit, an alternativen Modellen für die Herausbildung kritischer Öffentlichkeiten zu arbeiten.

Die Idee einer digitalen europäischen Öffentlichkeit

Zahlreiche Politiker werben gegenwärtig für die Einrichtung eines neuen europäischen „Digital Valley“, das nach dem Vorbild der Montanunion anderen – nicht zuletzt transatlantischen – Gegenspielern die Stirn bieten soll. Dass ubiquitär das Stichwort Digitalisierung als Lösung propagiert wird, täuscht gleichwohl darüber hinweg, dass hier vielfach im Dunkeln bleibt, worüber wir genau reden. Denn mit der Einrichtung ist nicht nur eine industriepolitische Maßnahme gemeint, die so etwas wie einen digitalen europäischen Binnenraum schaffen soll; darin liegt vor allem die Hoffnung, Legitimitätsdefizite und mangelnde demokratische Partizipationsmöglichkeiten zu beheben. Viele sind überzeugt, dass die Einrichtung eines virtuellen, grenzüberschreitenden Europas im digitalen Raum so etwas wie einen Bremsblock darstellen könnte gegen die gegenwärtig verzeichneten Renationalisierungs- und Retribalisierungsschübe. Gegen das Gefühl einer politischen Entmachtung bedarf es, in den Augen vieler, einer öffentlichen Sphäre, in der Europas Bürgerinnen und Bürger über gemeinsame Anliegen auf gesamteuropäischer und damit transnationaler Ebene debattieren können. Es geht, kurzum, um die Vision einer nunmehr digitalen Variante der frühneuzeitlichen *République des Lettres*, in der im 18. Jahrhundert quer über den Kontinent Gelehrte und Intellektuelle subversives Gedankengut austauschten. Im virtuellen Raum soll demnach getestet werden, was in den Architekturen gegenwärtiger demokratischer Repräsentationsmechanismen noch nicht möglich ist.²

Die Idee einer europäischen Netzöffentlichkeit, in der auf einer virtuellen Probestühne neue



Digitale Infrastrukturen für Europa?

Quelle: Gert Altmann (Pixabay)

Möglichkeiten der Versammlung und der Aushandlung ausgestaltet werden können, ist zweifellos attraktiv. Für viele stellt das Internet so etwas wie die ideale Verkörperung eines „herrschaftsfreien Raums“ (J. Habermas) dar, in dem von Herkunft, sozialem Status und Geschlecht abgesehen wird, und lediglich die Kraft des besseren Arguments ausschlaggebend ist. Dieses Kommunikationsmodell schließt zudem an eine ältere Tradition über Aufklärungsmedien an: Was die Druckpresse im 18. Jahrhundert für die Verbreitung von progressiven Ideen darstellte, übernimmt jetzt das Internet, während die kantische Tischgesellschaft in sogenannte virtuelle Europa-Treffpunkte übersetzt wird. Dennoch, die Vorstellung hält sich hartnäckig, der digitale Raum sei schlichtweg ein entmaterialisierter Raum, in dem sämtliche Hindernisse aufgehoben sind. Doch Raum ist nicht einfach gegeben – da macht auch der öffentliche Raum keinen Un-

terschied. Raum will eingerichtet, hervorgebracht, konfiguriert, kurzum: Raum will eingeräumt werden, und das bedarf spezifischer Infrastrukturen und konkreter Gestaltungen. Das heißt aber auch, dass jeder Raum umgekehrt nicht nur gestaltet ist, sondern auch gestaltend wirkt. Von städtischen Architekturen ist die Tatsache bekannt: Je nachdem, wie öffentliche Plätze ausgerichtet sind, aber auch Straßen, Transportachsen und Verbindungswege, werden ganz bestimmte Handlungsweisen nahegelegt und andere tendenziell ausgeschlossen. Raumstrukturen haben daher eine performative Wirkung, laden sie doch zu bestimmten Handlungen und Wahrnehmungsmustern ein: Sie führen dazu, dass bestimmte Gewohnheiten eingeschliffen und Alternativen gar nie erst in den Blick geraten. Ob und wie Menschen zusammenkommen, in welchen Taktungen und Rhythmen sie aufeinanderstoßen und welche Möglichkeiten es gibt,

sich diesen öffentlichen Raum über kreative Praktiken noch einmal anders anzueignen, hängt somit ganz entschieden von materiellen Rahmungen ab, die bestimmte Wahrnehmungsoptionen eröffnen oder verschließen, und wiederum Bewegungs-, Einfluss- oder auch Entzugsmöglichkeiten bedingen. Mit anderen Worten: Architekturen sind niemals neutral – das gilt für digitale Architekturen ebenso. Genau das aber, die Neutralität von Netzarchitekturen, will uns eine bestimmte Ideologie der Silicon Valley das weismachen.

Das Silicon-Valley-Modell

1971 prägte der Technik-Journalist Don Hoefler den Ausdruck *Silicon Valley*, um jenen Forschungs- und Industriekomplex zu bezeichnen, der südlich von San Francisco im kalifornischen Santa-Clara-Tal angesiedelt ist. Im Umland der Universität Stanford war der sogenannte Stanford Industrial Park entstanden, um die wachsende Technologiebranche mit Transistoren, Chips und Speichern zu versorgen, die auf dem Halbleiterstoff Silizium gebaut waren. Anders als früher verwendete Halbleiterstoffe wie Germanium zeichnet sich Silizium durch eine außerordentliche Wandlungsfähigkeit aus: Tatsächlich lässt sich Silizium mit einer Vielzahl anderer Atome verbinden, woraus sich ein schier grenzenloser Spielraum von Verschaltungsmöglichkeiten eröffnet. Möglichkeiten, die man nicht nur in der Schönheitschirurgie zu nutzen wusste (durch die Verbindung mit Sauerstoffatomen entsteht der Kunststoff Silikon), sondern auch in der IT-Branche (für die Konstruktion neuer flexibler Schaltkreise). Die Verheißung unbegrenzter Verwendungsweisen auf Hardware-Ebene verbindet sich auf Software-Ebene mit dem Prinzip des Turing'schen Universalrechner: dem Prinzip nach ist alles möglich. Unterbau und Überbau, Ingenieursleistung und utopisches Ideologem verschränken sich von nun an nahtlos ineinander. Man hat es gleichsam mit dem Paradox einer immateriellen Materialität zu tun, mit einem Stoff, aus dem die Träume einer fortwährenden Verwandlung sind, mit einem plastischen Material, das seine eigene materielle Bedingtheit ständig selbst

verneint. Ähnlich wie die plastische Chirurgie einen wandelbaren Körper verspricht, der immer wieder neu den selbstgesetzten Wunschbildern angeglichen werden kann, geht es hier um den Entwurf einer Gesellschaft, deren Infrastrukturen ganz auf bewegliche Silizium-Cluster übertragen und nach Belieben umgebaut werden können.

Denn Silicon Valley stellt nicht nur Halbleiter-Kreisläufe zur Verfügung; dahinter steht auch ein politisches Programm, das mittlerweile gut erforscht ist. Schon 1995 hatten die britischen Soziologen Andy Cameron und Richard Barbrook von einer „kalifornischen Ideologie“ gesprochen, in der linkslibertäres und marktwirtschaftliches Gedankengut zusammenlaufen.³ Im Silicon Valley verschmolz die antiautoritäre Hippie-Bohème, die auf verteilte, dezentrale Strukturen setzte, mit den Hightech-Industrien zu einem radikalen neuen Dotcom-Neoliberalismus. Fred Turner hat in seiner Studie *From Counterculture to Cyberculture* nachgezeichnet, wie Gedanken der zunächst technikfeindlichen, ökorumantischen Gegenkultur in Unternehmerräumen des Sonnenstaats die ersten Internetpioniere beflügelte und nach und nach mit wirtschaftsliberalen Konzeptionen des unternehmerischen Geists zusammenwuchs.⁴ Der digitale Boom der späten 1990er und frühen 2000er Jahre, mit den unzähligen, wie Pilze sprießenden Start-ups, kam zu einem brachialen Ende, als die spekulative Blase schon wenig später platzte. Bereits Mitte der Nuller Jahre waren 90 % der früheren Start-ups, denen es vielfach nie gelungen war, schwarze Zahlen zu schreiben, von der Bildfläche verschwunden; übrig blieben einige wenige Big Player, die heute noch den Markt dominieren. Die Rede ist von Firmen wie Google, Apple, Facebook, Amazon, die auch unter dem Akronym GAFA zusammengefasst werden. Deren Aufstieg, sowie derjenige einiger weniger anderer Quasi-Monopolisten, erfolgte in den Ruinen des Dotcom-Booms: Sie traten, wie man mit Philipp Staab betonen kann, in die von den Start-ups hinterlassene Lücke und damit in ein konkurrenzbereinigtes Feld.⁵ Vor allem aber erfolgte ihr Siegeszug zu einem Zeitpunkt, zu dem die Kommunika-

tions-Infrastrukturen, wie etwa die Transatlantik-Kabel, größtenteils bereits von anderen Akteuren eingerichtet worden waren. Dennoch steuern die GAFAs und allgemein die großen Plattform-Anbieter die überwältigend große Mehrheit der Kommunikationsflüsse über ihre Infrastrukturen, die auch als Meta-Infrastrukturen gefasst werden können. Man hat es nicht mehr mit klassischen Monopolisten der Produktions- und Kommunikationskanäle zu tun, sondern mit Meta-Akteuren: Im neuen Plattform-Kapitalismus findet Wertschöpfung einzig und allein darüber statt, dass die Plattformen effektiv zwischen Herstellern und Endverbrauchern eine Verbindung herstellen. George Dyson hat es einmal treffend ausgedrückt: "Facebook defines who we are, Amazon defines what we want, and Google defines what we think."⁶

Die Belege sind schlagend: Der weltweit erste Anbieter von Übernachtungen – Airbnb – besitzt selbst keine einzige Immobilie, die weltweiten Spitzenreiter beim Großhandel – die chinesische Plattform Alibaba – hat selbst kein einziges Warenlager, sondern bietet lediglich Sortimente anderer Firmen an, und die zwei weltweit größten Anbieter für Telefonkommunikation – Whatsapp und WeChat – haben noch nie irgendeinen Cent in Telekommunikations-Infrastruktur investiert.⁷ Allgemein lässt sich wirtschaftspolitisch ein gleiches Muster feststellen: die Plattformen streben eine Engführung der Datenkommunikation an, die dann eigens verwertet werden kann. So bleiben etwa 30 % der Summen, die im Apple Store für Musik- oder Filmangebote ausgegeben werden, bei Apple liegen. Die Dienstleistung selbst erschöpft sich in der Bereitstellung des Algorithmus, wie etwa bei dem Taxiservice Uber oder Lyft: Das Unternehmen hat keine Angestellten, insofern jeder Fahrer selbst als Unternehmer gewertet wird, der als Subcontractor entsprechend keine arbeitsrechtlichen Ansprüche vorbringen kann.

Dass sich in einer angeblich freien Marktwirtschaft ein erlesener Kreis von Unternehmen samt ihrem jeweiligen Standard durchsetzen konnte, legt nahe, dass der vielbemühnte Liberalismus in Wirklichkeit eher einem Merkantil-

smus entspricht. Dass es dazu kommen konnte, erklären Ökonomen anhand des sogenannten Netzwerk-Effektes, der gleichwohl bereits aus klassischen Märkten vertraut ist: Je mehr Teilnehmer ein Netzwerk nutzen, desto größer ist dessen ökonomischer Wert. Tendenziell führt der Netzwerkeffekt zur Herausbildung von Mono- oder Oligopolen. Es ist nicht nur ökonomisch ineffektiv, sondern wäre auch politisch wenig wünschenswert, wenn verschiedene Schienennetze quer durch Deutschland oder Europa verlegt würden, ähnlich wie es wahrscheinlich nicht erstrebenswert wäre, wenn konkurrierende Autobahnbetreiber Autobahntrassen quer durch das Land zögen. Vergleichbare Netzwerkeffekte lassen sich auch in der digitalen Welt feststellen. In den 1980er und 1990er Jahren besaßen Microsoft-Produkte bei weitem noch nicht die gleiche Vormachtstellung, und die Firmensoftware musste sich gegen die streckenweisen erfolgreicherer Programme wie das Textverarbeitungsprogramm WordPerfect oder Lotus 123 für die Tabellenkalkulation durchsetzen. Auch heute gäbe es durchaus kostenlose Open-Source-Alternativen, und dennoch setzen die meisten öffentlichen Verwaltungen auf kostenpflichtige Anbieter, um von diesen Netzwerkeffekten zu profitieren. Das Argument lautet dabei, wie von Eric Schmidt ausgeführt, dass jeder Nutzer solcher quasi-monopolistischen Netzwerkanbieter von deren Vormachtstellung mitprofitiert. Der damalige CEO von Google hat diesen Zusammenhang 2013 in bemerkenswerter Offenheit dargelegt:

„Wir sind überzeugt, dass Portale wie Google, Facebook, Amazon und Apple weitaus mächtiger sind, als die meisten Menschen ahnen. Ihre Macht beruht auf der Fähigkeit, exponentiell zu wachsen. Mit Ausnahme von biologischen Viren gibt es nichts, was sich mit derartiger Geschwindigkeit, Effizienz und Aggressivität ausbreitet wie diese Technologieplattformen, und das verleiht auch ihren Machern, Eigentümern und Nutzern neue Macht.“⁸

Schmidts Aussage ist vielsagend. Zum ungeschönten Bekenntnis zu der eigenen Machtposition kommt unmittelbar wieder das Versprechen breiterer Partizipation hinzu, womit wieder einmal das klassische Muster des emanzipatorischen Diskurses der Silicon Valley greift.

Die Ideologie des Silicon Valley: Automatisierter Egalitarismus

Die Ideologie des Silicon Valley stellt eine ganz eigenwillige Deutung einiger modernistischer Grundmotive dar. Zu deren Credo gehören Glaubenssätze wie: Zentralisierte Hierarchien werden zugunsten horizontaler Beziehungen überwunden, die Metapher des Netzwerks ersetzt diejenige der Pyramide, das Prinzip Legitimität läuft dem Prinzip Kreativität den Rang ab. Den Kern jedoch bildet eine Neuinterpretation des aufklärerischen Ideals der Gleichheit. Im Silizium-Universum wird alles – und das heißt in diesem Fall auch: jeder – gleich behandelt. Tatsächlich lässt sich die Attraktivität des kalifornischen Modells nicht nachvollziehen, wenn dieser Aspekt ausgeblendet wird: Während Max Weber vom protestantischen Geist des frühmodernen Kapitalismus sprach, wäre in diesem Fall von einem egalitären Geist des Daten-Operativismus zu sprechen. Die Spezifik dieses egalitären Denkens liegt dabei in dessen negativer Grundbestimmung: Alles und jeder lässt sich nicht etwa dadurch miteinbeziehen, dass auf jedes Einzelne und auf jeden Einzelnen Rücksicht genommen wird, sondern im Gegenteil dadurch, dass von Besonderheiten abgesehen wird. Anders ausgedrückt: Der Algorithmus schafft eine Situation allgemeiner Gleichwertigkeit, wodurch wiederum die Möglichkeit entsteht, jedes Einzelne (sowie jeden Einzelnen und jede Einzelne) miteinzubeziehen. Bekanntlich spielte im Prozess der Moderne das Absehen von der sozialen Herkunft oder von der symbolischen Distinktion eine maßgebliche Rolle bei der Etablierung bestimmter Bürgerrechte und für den sozialen Fortschritt allgemein. Dieser egalitäre Drang wurde vom Algorithmus absorbiert, der ihm zugleich eine eigentümliche Wendung verleiht: Indem alles gleiche Gültigkeit erlangt,

wird alles prinzipiell gleichgültig. Der Algorithmus sortiert und ordnet, misst und wertet, urteilt aber nicht. Dem Algorithmus ist es gleich, welche Gegenstände er bearbeitet: ob organische oder anorganische Bewegungen, ob lebende oder mechanische Wesen – die Hierarchien sind verschwunden. Was berechnet wird, ist irrelevant, entscheidend ist lediglich, dass es berechnet werden kann, und das heißt, es muss zunächst berechenbar gemacht werden. Indem sie in eine Vielzahl finiter und diskreter Bestandteile zerlegt werden, können die Dinge endlich zum Universum berechenbarer Objekte aufschließen. Digitalisierung erzeugt einen neuen, automatisierten Egalitarismus: Damit alles verrechenbar gemacht werden kann, muss der Algorithmus von der Bedeutung absehen. Shannon und Weaver, die Pioniere der Kommunikationstechnik der Bell Labs, hatten diesbezüglich recht: Fragen der Semantik sind für die Ingenieursleistung irrelevant; die Wirksamkeit des Algorithmus hängt unmittelbar mit dessen referenzieller Blindheit zusammen.⁹

Diese Dinge sind hinlänglich bekannt und dürften daher keine größere Überraschung darstellen. Verwunderlich ist vielmehr, wie wenig deren Folgen reflektiert werden. Digitalisierung, eine mächtige Kulturtechnik, benennt zunächst nichts anderes als ein spezifisches Verfahren, nämlich die Umwandlung analoger Bedeutungseinheiten (als analog gilt jedes Segment, auf dem man prinzipiell zwischen zwei Punkten eine unendliche Menge weiterer Punkte angeben kann) in diskrete Reihen (diskret sind Reihen, deren Abstände durch regelmäßige Leerstellen bestimmt sind). Mit anderen Worten, Digitalisierung heißt Standardisierung. Alles kann codiert werden, weil mit dem Binärcode so etwas wie die Nullstufe von Codierung überhaupt erreicht wurde. Doch nicht die Standardisierung per se ist dabei das Problem, sondern der Verdrängungsmechanismus, der damit einhergeht. Das Aufoktroieren eines vereinheitlichten Standards – als Grundlage der anschließenden Gleichstellung aller Dinge – besteht in einer Formatierungsbewegung, die im gleichen Zuge die Rolle des Formats herunterspielt. Mit anderen Worten:

Die Ideologie des Silicon Valley befördert ein Ideal von Liberalität, welche fortwährend ihre eigenen Formatierungswirkungen bestreitet. Ein Beispiel, das diesen Anspruch eingängig vor Augen führt, sind die Diskussionen über die sogenannte "Platform governance". Tim O' Reilly, der Konzepte wie Web 2.0 oder "open source" in Umlauf brachte und von vielen als „Orakel des Silicon Valley“ bezeichnet wird, startete eine Initiative, die viel Beachtung erntete. Im Kern besteht sie darin, das Modell der unternehmerischen Plattformen auf öffentliche Verwaltungen auszudehnen. Unter dem Stichwort "government as platform" geht es darum, die eingefleischte Skepsis gegen Bürokratie und politische Eliten zurückzudrängen und die Aufgabe der Regierung lediglich darauf zu beschränken, eine digitale Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, auf der die Bürger dann selbst deliberativ diskutieren und sich selbst verwalten können.¹⁰ Tim O'Reillys Plattformen setzen auf eine ganz andere Zeitlichkeit als die der herkömmlichen repräsentativen parlamentarischen Demokratien. Dort haben die nur in großen Abständen durchgeführten Wahlen bestenfalls einen Verträglichkeitseffekt mit gleichwohl heilsgeschichtlichen Untertönen (frei nach dem Motto: „Jetzt noch wirst Du regiert, dann aber wirst Du selbst regieren können“). O'Reillys Plattformen funktionieren dagegen in Echtzeit. Das Ideal der permanenten Neujustierung hat einen kybernetischen Hintergrund: über permanente Feedbackschleifen soll sich ein System selbst regulieren. Politische Organisation wird auf ein Minimum reduziert, jede Form von äußerer Intervention wird zurückgenommen; Abläufe werden über Big Data und Verhaltensstatistiken optimiert.

Bezeichnenderweise gibt es heute durchaus schon politische Systeme, die O'Reillys Modell auffällig nahe kommen, und zwar allen voran Singapur. Das Ausmaß an Scheinheiligkeit kann nur verwundern, insofern hier eine vollkommene Loslösung zwischen der Plattform und den Handlungen postuliert wird, die dadurch politisch ermöglicht werden, während zugleich bestritten wird, die Plattform habe bereits irgendeine Form von politischer Aus-

richtung. Es ist darin einem bürokratischen Regime vergleichbar, das abstreiten würde, überhaupt politisch gefärbt zu sein. Die Konjunktur, derer sich O'Reillys "government as platform" erfreut, gehört in einen neuen Diskurs über Verfahrenstransparenz und Open Source. Damit ist es gleichwohl noch nicht getan. Während die Demokratie im Plattform-Kapitalismus ihre Selbststeuerungsmechanismen abholt, reicht umgekehrt der Plattformkapitalismus immer stärker zum Handschlag mit organisierten politischen Ordnungen aus.

Warum der Plattform-Kapitalismus die Sozialdemokratie unterstützt

Plattformen sind, wie bereits angedeutet, ökonomische Rentiere, insofern die Extraktion von Reichtum automatisiert und eine Digitalisierungsdividende bezogen wird. Doch auch Rentiere müssen darauf achten, dass ihre Dividenden gesichert bleiben, was ihnen nahelegt, auf die politischen Rahmenbedingungen Einfluss zu nehmen. Man mag sich wundern, warum viele kalifornische Tech-Firmen, deren Gründer sich politisch oft zu libertären Positionen bekennen,¹¹ letztlich sozialdemokratische Regierungen favorisieren. Die Antwort ist denkbar einfach: Sie werden von der öffentlichen Hand maßgeblich querfinanziert. In Zeiten, in denen verstärkt auf *public-private-partnerships* gesetzt wird, ist es nicht verwunderlich, dass viele Gemeinden auf die Möglichkeiten neuer Datenverwaltung zurückgreifen. In Kalifornien, Florida und Kanada testen mehr und mehr Gemeindeverwaltungen Outsourcing-Angebote im öffentlichen Verkehr: Anstatt kostspielige Buslinien und die vergewerklichteten Busfahrer unterhalten zu müssen, bietet eine täglich wachsende Zahl an Gemeinden nun stark subventionierte Taxifahrten mit Uber oder Lyft an. Das Geld der Steuerzahler fließt direkt in die Privatunternehmen, und die Stadtverwaltung kann es sich sparen, in teure Transportinfrastruktur zu investieren. Es braucht wohl nicht eigens erwähnt zu werden, dass solche Umwidmungen nicht nur eindeutig den höheren Schichten zugutekommen (es braucht eine Kreditkarte, um die Dienste von Uber und ver-

gleichbaren Firmen überhaupt nutzen zu können), sondern dass langfristig keinerlei Investition mehr in öffentliche Verkehrsmittel getätigt wird. Naomi Klein hat diesen Gesinnungswandel sehr treffend beschrieben: „Ein System, das die Grenzen zwischen *Big Government* und *Big Business* verwischt, ist weder liberal noch konservativ oder kapitalistisch, sondern korporatistisch.“¹² Die Querfinanzierung durch die öffentliche Hand betrifft dabei nicht nur einzelne Dienstleistungen, sondern umgekehrt werden die Tech-Firmen auch immer öfter für Partnerschaften im *New public management* herangezogen. Unter dem Stichwort der *Smart Cities* werden etwa Kooperationen mit privaten Transportunternehmen wie Uber aufgesetzt, die Zugang zu ihren Datenregistern anbieten, um auf dieser Grundlage Verkehrsstatus besser regulieren zu können. Während es vernünftig klingen mag, die Ampeltaktung an die Echtzeitbedürfnisse anzupassen, sind sich viele Personen im öffentlichen Dienst offenbar nicht darüber im Klaren, welche Konsequenzen solche Partnerschaften nach sich ziehen. Während ein Unternehmen wie Uber ebenfalls daran Interesse haben dürfte, dass der Verkehrsfluss in Großstädten weitgehend staufrei bleibt, ist nicht davon auszugehen, dass seine Datensätze den Ausbau von Fahrradwegen empfehlen. Oder um es noch einmal zugespitzt zu formulieren: Die digitale Welt ist nicht per se befreiend, und von Freiheit ist in deren Quellcode erst einmal nichts zu lesen.

Es ist der Zeitpunkt gekommen, wieder zur Anfangsfrage zurückzukehren, nämlich inwiefern durch Digitalisierung ein anderes Europa möglich wird. Die Empfehlung ist mittlerweile zum Konsens geworden: Die Einführung der *E-Democracy* müsse zunächst über *E-Education* verlaufen, und allgemein über einen Kampf gegen digitalen Analphabetismus. Darin liegt sicher etwas Wahres. Dennoch sind Zweifel angebracht, ob man auf dem richtigen Weg ist, wenn das öffentliche Schulwesen – wie gerade in Frankreich der Fall – eine Partnerschaft mit Apple abschließt, um die Schüler kostenlos an das Programmieren heranzuführen: Ob der halbtägige Besuch im Apple Store wirklich geeignet ist, mündige kritische Bürger herauszu-

bilden, sei dahingestellt. Der Verspätung in Dingen Digitalisierung ist jedenfalls nicht dadurch abgeholfen, wenn nunmehr in allen großen Metropolen, von Berlin über Kopenhagen, London, Paris und Barcelona, digitale Inkubatoren eingerichtet werden, um das vielbeschworene *European Tech* entstehen zu lassen. Jedenfalls solange nicht, wie man bei solchen Projekten allenfalls einen Begriff von Technologie anwendet, der umstandslos aus den Bell Labs übernommen ist.

Unterwegs zur digitalen europäischen Öffentlichkeit: Ein paar kritische Fragen

Es wird oft behauptet, das Silicon Valley habe kein politisches, höchstens ein moralisches Programm. Slogans wie „Don't be evil“ oder „Make the world a better place“ legen das in der Tat nahe. Und doch wird, wer genauer hinschaut, eines Besseren belehrt. Ein gutes Beispiel dafür, welches Verständnis das Silicon Valley von Öffentlichkeit hat, zeigt sich in der sogenannten Freiheits-Initiative. Unter der Federführung von Facebook lancierte ein Tech-Konsortium 2013 unter dem Namen *Free Basics* (der ursprüngliche Name lautete *Internet.org*) eine Initiative für eine Internet-Grundversorgung in unterentwickelten Ländern. Im Namen eines „Menschenrechts auf Konnektivität“ und des Kampfes gegen den *Digital Divide* wurde die Initiative ostafrikanischen Regierungen (Kenia, Tansania) kostenlos angeboten und dort vor allem in den ländlichen Gebieten. Das bis heute anspruchsvollste Vorhaben war allerdings der Plan, die größte Demokratie der Welt – Indien – mit einer digitalen Infrastruktur zu versehen. Konkret besteht die Grundversorgung von *Free Basics* in einem Internetangebot, das auf ein Dutzend frei verfügbarer Anwendungen reduziert ist. Bezeichnend ist dabei, dass in diesem Paket bis auf eine einzige Anwendung, nämlich Wikipedia, alle anderen von kommerziellen Anbietern stammen, darunter Facebook selbst. Angesichts breitflächiger Proteste legte schließlich die indische Regulierungsbehörde TRAI gegen die Einführung von *Free Basics* ihr Veto ein, wobei unter anderem argumentiert wurde,

dass eine derart zusammengestutzte, vor allem aber eine mehrheitlich kommerzielle Variante des Internets nicht zu rechtfertigen sei. Die indische Reaktion bleibt bis dato jedoch eine Ausnahme, insofern diverse afrikanische Regulierungsbehörden hier ganz anders urteilten. Momentan beliefern Millionen von afrikanischen Endnutzern für ein streng reduziertes Internetangebot die Datenbanken der kalifornischen Firmen mit ihren Nutzerprofilen.¹³

Ist es um Europa wirklich besser bestellt? Freilich gibt es diverse Initiativen, *White Papers* der EU-Kommission und Steuerungsversuche liegen vor, und nicht zuletzt wird die Einrichtung von Inkubatoren gefördert, um so etwas wie europäisches Tech zu unterstützen. Doch letztlich ist es belanglos, ob die Technologie in Kalifornien, China oder Kontinentaleuropa hergestellt wird: Solange die Bürger der Meinung sind, dass das Medium auf die Botschaft keinen Einfluss hat, hat die Ideologie des Silicon Valley weiter Bestand. Dabei hätten uns die politischen Bemühungen um die Einrichtung eines europaweiten Medienkanals eigentlich warnen sollen: Medieninhalte können nicht einfach von einer Sprache in die andere übersetzt werden, ohne dass dabei die jeweilige Bedeutung und die kulturellen und affektiven Besetzungen eine neue Färbung bekommen.

Die Behauptung, strengere europäische Regulierungen, wie etwa beim Urheberrecht, würden das World Wide Web kaputtfiltern und zur Balkanisierung des Internets führen, ist wenig stichhaltig. Warnungen vor einem Zerfall in ein freies (amerikanisches) Internet, ein illiberales (chinesisches) und ein überreguliertes (europäisches) Internet gingen nachweislich von Tech-Lobbys aus, denen die selbstorganisierten Initiativen zur Verschärfung des digitalen Urheberrechts ein Dorn im Auge war. Doch nicht nur der besorgniserregenden politischen Instrumentalisierung des Internets (China) ist entgegenzutreten, sondern auch der kalifornischen Entpolitisierungsrhetorik, die das Argument des Universalismus für sich zu pachten beansprucht.

Konkret sind Initiativen zu begrüßen, die die europäischen Bürgerinnen und Bürger ermuntern, sich in Zeiten der Massenüberwachung

ihre digitalen Daten wieder anzueignen, wie etwa die Initiative *Decode Barcelona*.¹⁴ Jenseits der individuellen Privacy muss es jedoch darum gehen, aufzuzeigen, dass Datenschutz heute ein Anliegen ist, dem schon längst nicht mehr nur durch Individualrechte beizukommen ist, geht es doch gleichsam um digitale Pfründe, die bisweilen auch als *Digital Commons* bezeichnet werden, und heute zunehmend in Gefahr sind.¹⁵ Die frühesten Formen politischer Selbstorganisation in Europa entstanden schließlich dadurch, dass eine Lösung für die gemeinsame Nutzung von Allmenden gefunden werden musste, für Weideland oder für die Wälder. Lösungen müssen her, um die Sicherung der europäischen Wissensstände und der literarischen, humanistischen und kulturellen Bildung nicht den automatisierten Digitalisierungsmaschinen von Google Books zu überlassen. Einige aktuell in diese Richtung unternommenen Schritte sind vielversprechend. Zu erwähnen wäre etwa die Alexandria-Bibliothek des 21. Jahrhunderts, *Europeana*, oder aber die Entwicklung eines übergreifenden europäischen Datenmodells (EDM), das auf die Spezifik einzelner Metadaten-Systeme Rücksicht nimmt (LIDO für Museen, EAD für Archive oder METS für Digitale Bibliotheken usw.), aber zugleich auch einen neuen, durchlässigeren Rahmen für Laienschafft.¹⁶ *Last but not least* könnte noch der Vorschlag zur Gründung eines europäischen Medienfonds erwähnt werden, der innovative Medienformate, die im öffentlichen Interesse stehen, unterstützen würde.

Über die Güte dieser einzelnen Initiativen wäre einzeln zu diskutieren, und dies würde den Rahmen dieser Überlegungen eindeutig sprengen. Die hier angestellten Überlegungen verfolgten ein bescheideneres Ziel, nämlich zunächst lediglich die merkwürdige Schizophrenie, die in den heutigen Debatten über Digitalisierung herrscht, zum Thema zu machen. Medien sind nie transparent und ihre Verwendungsweisen werden es nie sein. Diskussionen über Netzneutralität – so wichtig sie rein rechtlich und politisch sein mögen – legen den logischen Fehlschluss nahe, Infrastrukturen könnten überhaupt jemals neutral

sein. Einige Anzeichen stimmen zuversichtlich, dass sich gegenwärtig ein Bewusstsein über die exorbitante Macht der kalifornischen Digitalkonzerne herausbildet. Im Bezug auf das Rumpfprojekt Europa braucht es jedoch weit mehr. Es geht nicht allein um konkrete Fragen dahingehend, ob politisch hinzunehmen ist, dass sich digitale Big Player aufgrund ihrer vorgeblichen Ortlosigkeit nicht den gleichen steuerlichen Regeln stellen wie andere Unternehmen. Ganz grundsätzlich ist zu fragen, ob die gebauten Kommunikationswege alternativlos sind. Wie eingangs schon betont: Die Infrastrukturen, die sich eine Gesellschaft gibt, werden auch einen erheblichen Einfluss darauf nehmen, welchen Tätigkeiten wir darin und darauf nachgehen. Gerade der Blick auf die Geschichte des Silicon Valley zeigt, dass es keine naturgegebenen technologischen Standards sind, sondern dass es hier immer auch viele Spielräume gibt, um Dinge anders zu gestalten.

Im 17. Jahrhundert schrieb ein im nordeuropäischen Exil lebender spanischer Jude – Baruch de Spinoza – eine *ethica more geometrico*. Heute bräuchten wir dringend eine *Ethik more silico*. Ethische Gesichtspunkte kommen jedes Mal dann zum Tragen, wenn wir darüber zu entscheiden haben, wie Dinge sein sollten, und wenn das Kommende nicht bloß auf der Grundlage dessen zu entscheiden ist, was jetzt der Fall ist. Das heißt auch, dass wir Zukunftsentwürfe, auch darüber, was alle europäischen Bürgerinnen und Bürger betrifft, nicht an Algorithmen outsourcen, sondern wieder auf eine Fähigkeit rekurrieren, von der im Zuge der Digitalisierung nicht mehr viel die Rede ist: das Urteilsvermögen. Ein europäisches öffentliches Projekt, eine europäische Gemeinschaftlichkeit, ist ohne das freie und kollektive Spiel des Urteilsvermögens nicht vorstellbar.

Anmerkungen:

¹ Wladimir Iljitsch Lenin, „Unsere außen- und innenpolitische Lage und die Aufgaben der Partei [1920]“, in: Werke Bd. 31. April–Dezember 1920, Berlin 1966, S. 414.

² Es muss daran erinnert werden, dass die im EU-Parlament vertretenen Parteien den Vorschlag länderübergreifender Listen bei der Europa-Wahl erneut ablehnten.

³ Andy Cameron, Richard Barbrook, „Californian Ideology“ [1995], in: Peter Ludlow (Hrsg.), *Crypto-Anarchy, Cyberstates, and Pirate Utopias*, Cambridge, Mass. 2001, S. 363–387.

⁴ Fred Turner, *From counterculture to cyberculture: Stewart Brand, the Whole Earth Network, and the rise of digital utopianism*, Chicago 2006.

⁵ Philipp Staab, „Die zwei Halbzeiten des digitalen Kapitalismus“, Vortrag 5. Dezember 2018, Universität St. Gallen.

⁶ Zit. nach Frank Pasquale, *The black box society: the secret algorithms that control money and information*, Cambridge 2015, S. 15.

⁷ Nick Srnicek, *Platform capitalism*, Cambridge, UK; Malden, MA 2017.

⁸ Eric Schmidt und Jared Cohen, *Die Vernetzung der Welt: ein Blick in unsere Zukunft*, Reinbek bei Hamburg 2013, S. 22.

⁹ „These semantic aspects of communication are irrelevant to the engineering problem“. Claude E. Shannon, „Eine mathematische Theorie der Kommunikation“. In: Friedrich Kittler et al. (Hg.), *Claude Elwood Shannon, Ein/Aus. Ausgewählte Schriften zur Kommunikations- und Nachrichtentheorie*, Berlin 2000, S. 7–100, hier S. 9. Für eine ausführlichere Analyse von Shannon und Weavers mathematischem Modell der Kommunikation, das als Gründungsdokument der medientechnologischen Schizophrenie gelesen werden kann, vgl. Verf., „Transparenz und Störung. Vom zweifelhaften Nutzen eines kommunikationswissenschaftlichen Paradigmas für die Bildtheorie“, in: Markus Rautzenberg und Andreas Wolfsteiner (Hrsg.), *Hide and Seek: Das Spiel von Transparenz und Opazität*, München 2010, S. 21–31.

¹⁰ Tim O’Reilly, „Government as a Platform“, in: *Innovations: Technology, Governance, Globalization* 6/1 (2011), S. 13–40.

¹¹ Der Einfluss des ultralibertären Denkens von Ayn Rand auf die Vordenker der Start-up-Nation (etwa auf den CEO von Uber) ist hinlänglich bekannt. Vgl. James B. Stewart, „As a Guru, Ayn Rand May Have Limits. Ask Travis Kalanick“, in: *The New York Times*, 22. 12. 2017. Online: [NYTimes.com, <https://www.nytimes.com/2017/07/13/business/ayn-rand-business-politics-uber-kalanick.html>](https://www.nytimes.com/2017/07/13/business/ayn-rand-business-politics-uber-kalanick.html), Stand: 27. 3. 2019.

¹² Naomi Klein, *The Shock Doctrine: the rise of disaster capitalism*, London 2008, S. 15.

¹³ Zur Kapitalisierung von Nutzerprofilen, vgl. die eingängige Studie von Shoshana Zuboff, *The Age of Surveillance Capitalism: the fight for a human future at the new frontier of power*, New York 2018.

¹⁴ <https://decoproject.eu/> (zuletzt abgerufen am 29. 3. 2019).

¹⁵ Zu den frühesten Überlegungen zur post-individuellen Dimension von Privacy, vgl. Priscilla M. Regan, „Privacy as a Common Good in the Digital World“, in: *Information, Communication & Society* 5/3 (2002) S. 382–405.

¹⁶ <https://pro.europeana.eu/> (zuletzt abgerufen am 29. 3. 2019).

Kontakt:

emmanuel.alloa@unisg.ch